PARLAMENTSREPORT
Fraktion im Thüringer Landtag
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag
www.die-linke-thl.de

Thüringen gemeinsam voranbringen und modernisieren

Erste Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow am 12. Dezember im Thüringer Landtag

In seiner ersten Regierungserklärung gegenüber dem Thüringer Landtag betonte Ministerpräsident Bodo Ramelow, dass er den Abgeordneten und den Bürgern des Freistaates darlegen will, mit welchen Vorhaben diese Koalition Thüringen voranbringen und modernisieren möchte. Und er wolle „die demokratische Opposition in diesem Landtag sowie alle Bürgerinnen und Bürger, die das Land konstruktiv gestalten wollen einladen, sich in diese Vorhaben einzubringen“.

Die komplette Regierungserklärung kann auf Internetseite der Staatskanzlei unter www.thueringen.de abgerufen werden. An dieser Stelle bringen wir Auszüge aus den einleitenden Worten des Ministerpräsidenten:

„Der Koalition, meinem Kabinett und mir geht es nicht um die Verkündung letztgültiger Wahrheiten, sondern um das gemeinsame Ringen mit den Bürgern für den besten Weg der Gestaltung unseres Landes.

Unser Koalitionsvertrag steht unter der Überschrift ‘Thüringen demokratisch, sozial und ökologisch voranbringen’. Dafür haben wir viele Ideen formuliert. Einige unserer Vorschläge basieren auf einem guten Fundament der Vorgängerregierung. Andere unserer Konzepte werden sowohl auf Widerspruch als auch auf Zustimmung stoßen, der sich gegebenenfalls regional sehr unterschiedlich darstellen wird.

Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen

Die von mir ausgesprochene Einladung zur Beteiligung basiert auf der Überzeugung, dass der Überzeugung vieler Menschen, es würde über ihre Köpfe hinweg entschieden, nur dadurch entgegengetreten werden kann, dass Räume geschaffen werden, um Argumente auszutauschen. Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen. Wir wollen zuhören. Wir sehen es nicht als Schwäche, sondern als Respekt vor dem Souverän, unsere Gestaltungskonzepte für das Land auch zu modifizieren, wenn es nötig ist.

Beteiligung schließt Entscheidung nicht aus. Wir wollen und werden Entscheidungen treffen, um Thüringen moderner, attraktiver und leistungsfähiger zu machen. Wir sehen große Herausforderungen in der sozialen Infrastruktur, die wir durch Investitionen stärken wollen.

Die finanzielle Situation der Thüringer Kommunen wollen und müssen wir verbessern. Die Haushaltsnotlage vieler Kommunen hebelt demokratische Beteiligung aus Mangel an Bewegungsspielraum aus.

In dessen Folge bröckelt der soziale Zusammenhalt, schrumpft das kulturelle Leben, verstärken sich Wegzüge. Ich hoffe auf Einigkeit über die Grenzen von Koalition und Opposition hinweg beim Bemühen dieser Koalition, die kommunale Familie zu stärken.

Natürlich misst die Reformpolitik der neuen Landesregierung ihren Erfolg auch in Indikatoren, wie Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum und finanzieller Stabilität. Wir sind jedoch gleichzeitig der Überzeugung, dass die nachhaltige Modernisierung unseres Landes Wachstum, Arbeitsplätze und Stabilität mit sozialer Gerechtigkeit, Ökologie und dem Schutz natürlicher Ressourcen sowie der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbinden muss. In diesem Sinne sind wir der Überzeugung, dass ein robuster Arbeitsmarkt Thüringens nicht dauerhaft auf Niedriglöhnen beruhen darf. Von Arbeit muss man Leben können.

Aber ein einfaches Weiterso hilft uns nicht weiter

Wir wollen in die Infrastruktur investieren, die in der Vergangenheit vernachlässigt wurde. Dies bedeutet nicht zuletzt, dass der Bund seine Verantwortung z.B. bei der Schieneninfrastruktur wahrnehmen muss. Dafür habe ich mit den Kolleginnen und Kollegen in der Ministerpräsidentenkonferenz gestern gesprochen. Doch wollen wir bei Investitionen Ökologie und Ökonomie stärker als bisher in Einklang bringen. Die Thüringer Natur muss geschont, Flächen sollen nicht über Gebühr beansprucht, sondern künftig reduziert werden.

Ich habe im Wahlkampf gesagt: Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen. Wir werden Gutes fortsetzen, aber wir sind auch überzeugt, dass ein einfaches „Weiter so!“ uns nicht weiterhilft. Ich bin auch der Überzeugung, dass dies selbst in der größten Oppositionspartei so gesehen wird. Wir brauchen Kurskorrekturen, um Stillstand zu vermeiden, Stillstand, der in Wirklichkeit Rückschritt ist.

Wir wollen Herz einer bunten Republik sein

Heute braucht es mehr denn je eine Zukunftsvision für Thüringen. Einen roten Faden für die Modernisierung des Landes. Welches Thüringen wollen wir? Über diese Frage lohnt es sich, nachzudenken und auch kulturvoll zu streiten.

Diese Landesregierung verschreibt sich einem Dreiklang:

- Wir wollen eine demokratische Erneuerung, ein Thüringen, in dem Demokratie, Teilhabe und Bürgerrechte groß geschrieben werden.

- Wir wollen sozialen Zusammenhalt: Ein Thüringen, das Heimat für die hier lebenden Menschen ist, weltoffen und attraktiv für alle, die in dieses Land kommen. Ein Thüringen, in dem aus guten Ideen Arbeitsplätze werden, in dem für gute Arbeit gute Löhne gezahlt werden und in dem der kulturelle Reichtum des Landes allen Menschen offen steht.

- Und wir wollen ökologische Modernisierung, ein grünes Thüringen, das Vorreiterland für die Energiewende sowie den Klima- und Umweltschutz wird.

Liebe Thüringerinnen und Thüringer, liebe zukünftige Thüringer, liebe eines Tages hoffentlich zurückkehrende Thüringer, wir wollen dieses Land so gestalten, damit es für alle Menschen lebenswert ist. Wir wollen das attraktive Herz in der Mitte der Bundesrepublik sein und dazu zählt für uns auch, Herz einer bunten Republik zu sein.

Die zentrale Frage muss lauten: Was nützt den Menschen?

Wir wollen Türen und Tore öffnen und Sie einladen, hier nicht nur zu leben, sondern mit uns gemeinsam Thüringen zu einem modernen und solidarischen Land weiterzuentwickeln.

Modern heißt für diese Regierung auch: Wir werden neue Maßstäbe bei der Aufarbeitung setzen. Die Koalition bekennt sich ausdrücklich zu dem gemeinsamen Papier „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Wir fühlen uns 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution einer konsequenten und ideologiefreien Aufarbeitung verpflichtet. Demokratie betrachten wir nicht als Selbstverständlichkeit, sondern als Herausforderung für jede Generation, Erneuerungs- und Transformationsprozesse zu gestalten.

Vor diesem Hintergrund wollen wir wissenschaftliche Aufarbeitung unterstützen und bildungspolitische Projekte und Initiativen fördern. Insbesondere möchten wir jungen Menschen ein Verständnis von Demokratie vermitteln und zum zivilgesellschaftlichen Engagement motivieren.

25 Jahre nach der friedlichen Revolution sagen wir: Wer hier lebt, soll maximale demokratische Freiheitsrechte nutzen, auf soziale Sicherheit vertrauen und eine gesunde Umwelt genießen können. Die Reihenfolge ist dabei nicht beliebig, aber genauso wenig darf eines der Ziele ein anderes überlagern. Damit wir diese Ziele erreichen, müssen wir immer das Konkrete im Blick haben. Die zentrale Frage muss lauten: Was nützt den Menschen?“ ■

Fraktion stellte wichtige Weichen

Susanne Hennig-Wellsow zur Vorsitzenden gewählt

Nach der Wahl von Bodo Ramelow zum Thüringer Ministerpräsidenten wurden am 10. Dezember mit der Wahl von Susanne Hennig-Wellsow zur Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag und weiterer Mitglieder des Fraktionsvorstandes wichtige Weichen für die Weiterführung einer erfolgreichen Fraktionsarbeit gestellt.

Mit Susanne Hennig-Wellsow, die seit 2013 Parteivorsitzende der LINKEN in Thüringen ist, wurde eine wichtige Akteurin der rot-rot-grünen Gespräche zur Bildung einer gemeinsamen, reformorientierten Landesregierung an die Fraktionsspitze gewählt.

„Damit sichern wir, dass Fraktion und Partei ohne Reibungsverluste in die Parlaments- und Regierungsarbeit starten“, erklärte die LINKE Parteivorsitzende in Thüringen und neu gewählte Fraktionschefin. Die Abgeordnete Susanne Hennig-Wellsow ist mit 18 von 27 anwesenden Abgeordneten zur Fraktionsvorsitzenden gewählt worden. Katja Mitteldorf (18 Stimmen) und Mike Huster (20 Stimmen) wurden stellvertretende Fraktionsvorsitzende, André Blechschmidt Parlamentarischer Geschäftsführer (23 Stimmen).

„Die Linksfraktion wird eigene Akzente setzen und selbstbewusste parlamentarische Arbeit machen, die das Regierungshandeln unterstützt“, unterstrich Susanne Hennig-Wellsow. Linke Gestaltungsprojekte, wie die Einführung eines beitragsfreien Kita-Jahres, der Ausbau der Gemeinschaftsschulen und die Stärkung der Arbeit gegen Rechts, seien einige der Hauptanliegen und müssten schnell und ohne Abstriche umgesetzt werden. ■

Von Bodo Ramelow Blumen für den neuen Fraktionsvorstand (v.l): Mike Huster, Susanne Hennig-Wellsow und André Blechschmidt. Katja Mitteldorf und die als Landtagsvizepräsidentin dem Vorstand angehörende Margit Jung (Fotos rechts) waren bereits wieder unterwegs.

Kampf gegen Rechtsextremismus ein Schwerpunkt in der Regierungserklärung

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow bildete das Kapitel zum Kampf gegen den Rechtsextremismus einen Schwerpunkt. Wörtlich sagte er:

Die im Jahr 2011 offenbar gewordenen Verbrechen des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ haben uns tief erschüttert und entsetzt. Sie haben uns aber auch vor Augen geführt, welche Gefährdungen für unsere demokratischen Werte von gewaltbereiten Rechtsextremisten ausgehen. Deshalb werden wir das vorhandene Landesprogramm auf den Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus konzentrieren und gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Akteuren weiterentwickeln. Wir richten das Landesprogramm also inhaltlich neu aus.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus bleibt eine ressortübergreifende und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um die Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern, wird die Landesregierung die finanzielle Ausstattung des Landesprogramms um jährlich eine Million Euro aufstocken. Neben Präventionsangeboten spielt auch das konsequente repressive Vorgehen gegen Rechtsextremismus eine entscheidende Rolle. Hierzu werden wir insbesondere die zentrale Bekämpfung rechtsextremer Straftaten fortführen und die Möglichkeiten für Verbote rechtsextremer Organisationen ausschöpfen.

Darüber hinaus werden Aus- und Fortbildungsinhalte bei der Thüringer Polizei dahingehend überprüft, ob und auf welche Weise einerseits noch stärker als bisher über die Erscheinungsformen und das Gewaltpotenzial des Rechtsextremismus aufgeklärt, andererseits aber auch die Vermittlung interkultureller und sozialer Kompetenzen weiter verbessert werden kann. Hierzu gehört auch eine Steigerung des Anteils an Bediensteten bei der Thüringer Polizei mit Migrationshintergrund.

Reform des Landesamtes für Verfassungsschutz

Eine herausragende Konsequenz aus den abscheulichen Verbrechen des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ bleibt die umfassende Neuausrichtung der Sicherheitsarchitektur in Thüringen. Dabei werden wir die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“ zugrunde legen.

Der Untersuchungsausschuss hat eine grundlegende Reform des Landesamtes für Verfassungsschutz angemahnt. Die Landesregierung wird diesen Auftrag unter anderem durch die Berufung einer Expertenkommission umsetzen, die Vorschläge zu dessen Neuausrichtung erarbeiten wird.

Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz wird sich bei seinem zukünftigen Handeln konsequent am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und dem Schutz der bürgerlichen Grundrechte auszurichten haben. Parallel dazu sollen die parlamentarische und die öffentliche Kontrolle des Verfassungsschutzes weiter ausgebaut werden.

Nach den Erfahrungen um den Thüringer Heimatschutz und als Konsequenz aus den NSU-Verbrechen wird das bisherige V-Leute-System in Thüringen abgeschafft.

Ebenso werden wir dafür Sorge tragen, dass eine klare Trennung zwischen Polizei und Verfassungsschutz insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr erfolgt und das Landesamt zukünftig keinerlei präventive Aufgaben im Bereich der gesellschaftlichen Bildung und Information mehr wahrnimmt.

Ausbau von Beteiligungsrechten

Die neue Landesregierung schreibt sich eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auf ihre Fahnen – auch und gerade für die Jugendlichen. Wir werden deshalb das aktive Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre absenken und die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden weiterentwickeln und uns dafür die Vorschläge des Bündnisses für mehr Demokratie in Thüringen ansehen. Für Wahlen und Abstimmungen auf Landesebene werden wir eine entsprechende Verfassungsinitiative zur Senkung des Wahlalters starten. Wir sind uns bewusst, dass wir dafür auf die größte Oppositionsfraktion angewiesen sind und appellieren daher an die CDU-Fraktion, dieses Vorhaben zu unterstützen.

Die mäßige Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen hat uns einmal mehr vor Augen geführt, wie wichtig es ist, die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsfindungsprozesse stärker einzubinden. Dies wird auch ein Weg sein, um unsere Demokratie zu stabilisieren und gegen Angriffe zu immunisieren.

In den vergangenen Jahren haben wir vielfach das Wort der Willkommenskultur im Mund geführt. Zu einer wirklichen Willkommenskultur gehört es nach Ansicht der Landesregierung, den Menschen, die zu uns gekommen sind, Vertrauen entgegenzubringen. Auch diese Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund wollen wir daher durch eine Ausweitung des Wahlrechts stärker beteiligen und werden uns im Bundesrat dafür einsetzen.

Als weitere Veränderungen in Bezug auf eine verbesserte Transparenz und Bürgerbeteiligung wird die Landesregierung eine Überarbeitung des Untersuchungsausschussgesetzes auf den Weg bringen. Außerdem soll beim Thüringer Landtag ein so genanntes Transparenzregister eingerichtet werden, um mögliche Einflussnahmen von Einzelpersonen und Organisationen auf parlamentarische Vorgänge für die Öffentlichkeit erkennbar zu machen.

Auch bei Energieprojekten wie Windparks oder Pumpspeicherkraftwerke wird heutzutage regelmäßig eine Bürgerbeteiligung mit Recht auch bereits im Vorfeld förmlicher Planungsverfahren eingefordert. Eine solche Beteiligung eröffnet umfassende Chancen für die Projektgestaltung und Akzeptanz. Bei konstruktivem Verlauf profitieren alle beteiligten Partner: Bürger und Träger öffentlicher Belange, Politik und Verwaltung sowie Vorhabenträger. Ein solcher Prozess erfordert aber auch ein gemeinsames Verständnis über Regeln des Umgangs der einzelnen Akteure während der Beteiligung, und diese Regeln sollten vorab vereinbart werden.

Deswegen wird die Koalition einen Prozess der Verständigung zur ergebnisoffenen, fairen, vorförmlichen Bürgerbeteiligung bei strittigen Projekten initiieren. Dieser Prozess soll in einem Codex für Bürgerbeteiligung münden, den ein möglichst breites Spektrum an Partnern – Bürger und Träger öffentlicher Belange, Politik und Verwaltung, sowie Vorhabenträger – miteinander vereinbart. ■

Das Thema

„Wir stehen für eine humane Politik“

Aus der Rede von Susanne Hennig-Wellsow zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Ihre erste Plenarrede als Vorsitzende der Regierungsfraktion DIE LINKE hielt Susanne Hennig-Wellsow zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow am 12. Dezember. Sie bezeichnete die demokratische, soziale und ökologische Modernisierung als inhaltliche Kernelemente der rot-rot-grünen Regierungspolitik. Die CDU als große Oppositionsfraktion sei gegenwärtig vor allem mit sich selbst beschäftigt.

Sie habe nicht feststellen können, dass die CDU „irgendeine Vorstellung davon hat, wie sie das Land Thüringen voranbringen will“, betonte Susanne Hennig-Wellsow und verwies darauf, dass die rot-rot-grüne Koalition frischen Wind ins Land bringen werde.

Sie habe auch bereits begonnen zu handeln, so die Fraktionschefin mit Blick auf den von der Landesregierung als erste Amtshandlung erlassenen Winterabschiebestopp. „Wir stehen für eine humane Politik, die Menschen müssen keine Angst haben, abgeschoben zu werden.“

„Wir haben über 100 Gemeinden, die keinen Haushalt haben“

Zur Haushaltspolitik erinnerte die LINKE-Politikerin daran, dass die CDU 16 Milliarden Euro Schulden hinterlassen hat und eine kommunale Finanzstruktur, „die einfach fatal ist – wir haben über 100 Gemeinden, die keinen Haushalt haben, wir haben 400 Gemeinden, die nur durch Zugriff auf ihre Rücklagen einen Haushalt aufstellen konnten, wir haben 60 Gemeinden in seiner sehr prekären Finanzsituation“. Und für all das trage die CDU die Verantwortung.

Als Stichworte für die Skandale, Sündenfälle und eine völlig verfehlte CDU-Politik in Thüringen nannte Susanne Hennig-Wellsow die Pilz-Affäre, die Spaßbäder-Forderungen, die zum Teil bis heute belasten, Fluglinien-Subventionen und eine Spielbank, zu der es schließlich einen Untersuchungsausschuss gab.

Trennungsgeldaffären und üppiges Beauftragtenwesen

Hinzu kommen Trennungsgeld-Affären, die kostspielige kleinteilige Verwaltungsstruktur im Freistaat, und die Privatisierung von Krankenhäusern in Größenordnungen wurde gefördert, der Maßregelvollzug privatisiert, ein üppiges Beauftragtenwesen eingeführt, es gab Ungereimtheiten im Zusammenhang mit der Polizei-Ausstattung, schließlich „ein Sondervermögen zur Verbesserung wasserwirtschaftlicher Strukturen, das ein Wahlgeschenk war, damit die CDU 2009 überhaupt noch eine Wahl gewinnen konnte – eine milliardenschwere Last, die immer noch auf dem Haushalt liegt“. Die Liste ließe sich noch weiter fortführen, aber eines werde deutlich, „von finanzpolitischer Verantwortung kann bei der CDU keine Rede sein“.

Was die kritisierte Abschaffung der V-Leute betreffe, „da macht die Koalition alles richtig, weil wir an diesem Punkt tatsächlich Konsequenzen aus dem NSU-Terror ziehen, die nicht anders sein können und wo wir in Thüringen den Mut haben müssen, diesen Schritt zu gehen“, erklärte die Vorsitzende der Linksfraktion.

Das Konzept der Guten Arbeit steht im Mittelpunkt

Auf inhaltliche Aspekte der Regierungserklärung Bodo Ramelows eingehend, wandte sich Susanne Hennig-Wellsow als erstes dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik zu, „der im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag eine deutliche Aufwertung erfahren hat“. Hier stehe das Konzept der „Guten Arbeit“ im Mittelpunkt.

Die Fraktionsvorsitzende wörtlich: „Für die Koalition bedeutet ‘Gute Arbeit’ dass sie – auch und gerade im Bereich der geförderten Arbeit –, existenzsichernd, selbstbestimmt und gesundheitsfördernd sein muss. Die Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe ist wesentliches Merkmal guter Arbeitsmarktpolitik. Diesem Gedanken ist der Koalitionsvertrag in Gänze verpflichtet. Unsere Landesregierung wird sich im engen Kontakt mit den Sozialpartnern für eine Modernisierung und Humanisierung der Arbeitswelt einsetzen.

„Budget für Arbeit“ für Menschen mit Behinderung

Dazu zählen die Stärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der Einsatz für eine Anti-Stress-Verordnung, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für Tarifbindung und gerechte Entlohnung.

Wir werden die Wirtschaft dabei unterstützen, dass ihre Entwicklung auch Spielräume für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten zulässt. Denn wirkliche Sozialpartnerschaft nützt den Thüringer Unternehmen und den bei ihnen Beschäftigten gleichermaßen. Darüber hinaus müssen und werden wir uns besonders für diejenigen Menschen einsetzen, die heute noch von der Erwerbsarbeit – und damit auch von gesellschaftlicher Teilhabe – ausgeschlossen sind. Auch in dieser Hinsicht setzt der Koalitionsvertrag Maßstäbe. Wir werden das Landesarbeitsmarktprogramm ungekürzt fortführen. Für Menschen mit Behinderung werden wir ein ‘Budget für Arbeit’ ermöglichen, um ihnen eine Perspektive jenseits der Werkstätten zu eröffnen, sozialversicherungspflichtig und existenzsichernd. Darüber hinaus ist eine weitere echte Innovation vorgesehen: Insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose werden wir endlich ‘Arbeit statt Arbeitslosigkeit’ finanzieren.“

Für einen guten Übergang von der Schule in den Beruf

Susanne Hennig-Wellsow verwies auf die positiven Signale und die Unterstützung seitens der Bundesagentur für Arbeit. Wie notwendig dies sei, werde daran deutlich, dass 49 Prozent der Arbeitslosengeld-II-Empfänger in Thüringen diese Leistung seit vier Jahren oder länger beziehen, weil sie keinen Arbeitsplatz finden. Die Fraktionsvorsitzende betonte: „Unser Modellprojekt eines Öffentlichen Beschäftigungssektors wird einen wichtigen Einstieg liefern, um Menschen in freiwillige, gesellschaftlich notwendige, existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Arbeit zu bringen.“

Anschließend verwies die LINKE-Politikerin auf die Notwendigkeit, jungen Menschen in Thüringen eine Perspektive zu bieten: „Das ist sowohl ein Gebot zu deren Zukunftssicherung wie auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft, gerade wenn es um die Sicherung des Fachkräftebedarfes geht. Deshalb steht diese Koalition auch für einen guten Übergang von der Schule in den Beruf und für gute Ausbildung: mit flächendeckenden und praxisnahen Angeboten der Berufsorientierung, mit einer besseren Verzahnung von Jugendberufshilfe und weiteren sozialen Unterstützungsformen mit dem Ausbildungssystem und mit einer Verbesserung der Ausbildungsbedingungen.“

An dieser Stelle nannte Susanne Hennig-Wellsow beispielhaft das Azubi-Ticket. „Ähnlich dem Semesterticket für Studierende wollen wir damit ein preiswertes Angebot für Auszubildende schaffen und gleichzeitig die Erreichbarkeit der Berufsschulen verbessern. Dabei werden die Kammern selbstverständlich einbezogen.“

Viele haben in ihrer Biografie überhaupt keine Anknüpfungspunkte zur SED

Abschließend ging Susanne Hennig-Wellsow auf das Kapitel „DDR-Unrecht“ ein: „Bodo Ramelow hat die Notwendigkeit der Aufarbeitung von in der DDR begangenem Unrecht in seiner Regierungserklärung betont. Ich erkläre ausdrücklich, dass das in der Fraktion und in der Partei DIE LINKE genauso gesehen wird. Ich verweise hierzu auf die hohe Zustimmung von 94 Prozent in unserer Basisbefragung zum Koalitionsvertrag, der in dieser Frage eindeutig ist.“

Dann wandte sich die LINKE-Politikerin an den CDU-Fraktionsvorsitzenden und setzte sich mit seinen Angriffen auseinander: „Herr Mohring, Sie ignorieren, dass die 2,3 Millionen SED-Mitglieder heute auch in anderen Parteien zu finden sind.“ Zudem haben auch Parteimitglieder in der SED, besonders an der Basis, aber auch einzelne Verantwortliche, „die Machtarroganz der Führung abgelehnt und darauf gehofft, dass ein tiefergehender Reform- und Demokratieprozess beginnt“ nach dem Vorbild in der Sowjetunion unter Gorbatschow. Und sie seien „deswegen auch in den Konflikt gegangen“.

Mohring ignoriere auch, „dass sich die PDS mit ihrer Verantwortung für das Scheitern der DDR und für deren demokratische Defizite tiefgehend auseinandergesetzt hat (...) Sie ignorieren, dass 25 Jahre nach dem Mauerfall längst viele Menschen in der LINKEN Politik machen, die in ihrer Biografie überhaupt keine Anknüpfungspunkte zur SED und ihrer Politik haben. Und schließlich ignorieren Sie, dass auch die CDU in der DDR Mitverantwortung getragen hat. Und Sie ignorieren, dass die CDU als Partei gelten muss, die in der DDR nicht unbedingt den Wandel vorangetrieben hat.“

Auf der Internetseite der Linksfraktion das Video der Rede von Susanne Hennig-Wellsow: www.die-linke-thl.de

Foto: Peter Lahn ■

Kurz und Prägnant

Erneute Übergriffe

Erneut wurde das Wahlkreisbüro der LINKE-Abgeordneten Margit Jung und Dieter Hausold in Gera mit einem Hakenkreuz beschmiert. „Es ist auffällig, dass Attacken gegen Linkspolitiker kurz vor der Landtagswahl massiv zugenommen haben und man es insgesamt mit einer immer gefährlicheren Art der Bedrohung zu tun hat“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag und Parteichefin in Thüringen.

Die Zuspitzungen in der politischen Auseinandersetzung, wie sie von der AfD und einzelnen CDU-Abgeordneten vorgenommen wurden, dürften bei der Suche nach Ursachen nicht außer Acht gelassen werden. „Wenn LINKE-Politiker massiv bedroht und unter Druck gesetzt werden - sei es mit Beschimpfung, Verunglimpfung, Beschädigung von Geschäftsstellen, Manipulation von Autos, Drohbriefen und Telefonterror - dann zeigt das, welcher Geist der politischen Auseinandersetzung hinter solchen rüden und feigen Attacken steckt. Wir müssen aufpassen, dass nicht aus Worten politisch motivierte Gewalt wird. Es ist wichtig, dass auf allen Ebenen diese Anschläge klar verurteilt werden und Betroffene auf Unterstützung der Behörden und Institutionen hinsichtlich einer raschen Aufklärungsarbeit bauen können.“ ■

Die Alternative 54 e.V. mit erfolgreicher Bilanz

Auf der Mitgliederversammlung der Alternative 54 Erfurt e.V., der alle 28 Abgeordneten der Linksfraktion angehören, konnte die Vorsitzende des Vereins, MdL Diana Skibbe, am 10. Dezember eine durchweg positive Bilanz ziehen. „Allein im Jahr 2014 sind bisher 64.000 Euro an 181 Vereine zur Unterstützung von Projektarbeit als Spenden ausgereicht worden.“

Diana Skibbe erinnerte an die Vereinsgründung vor nahezu 20 Jahren, als die damaligen Mitglieder der PDS-Fraktion im Landtag eine konkrete Antwort auf den Diätenautomatismus nach Artikel 54 der Verfassung des Freistaats geben wollten: „An der Notwendigkeit und politischen Zielstellung des Vereins hat sich seither nichts geändert. Die Landtagsabgeordneten der LINKEN geben einen Teil der Diätenerhöhung weiter an Vereine und Projekte, die wichtige ehrenamtliche Arbeit leisten. Die Durchführung vielfältiger Aktivitäten auf sozialem, sportlichem und kulturellem Gebiet sowie der Jugendbildung wäre sonst gefährdet.

Wir sind stolz darauf, dass unser Ministerpräsident Bodo Ramelow, der an der Versammlung teilgenommen hat, langjähriges Mitglied unseres Vereins ist und bleiben wird.“ Zudem seien auch die Mehrzahl der ausgeschiedenen Abgeordneten der letzten Legislatur Mitglied in der Alternative 54 geblieben und unterstützten weiterhin aktiv die Vereinsarbeit.

Die ausgereichten Spenden umfassen das gesamte Spektrum ehrenamtlichen Engagements, z.B. Theaterprojekte mit Jugendlichen, Sportveranstaltungen der Gehörlosenverbände, Unterstützung von Frauenhäusern oder Suchtpräventionsprojekte. „Seit der Gründung der Alternative 54 Erfurt e.V. haben wir 2.666 Projekte von Vereinen und Verbänden unterstützt. Dafür wurden bisher insgesamt rund 974.000 Euro gespendet. Das ist eine gewaltige Summe, aufgebracht allein von den PDS- bzw. LINKE-Landtagsabgeordneten“, unterstricht Diana Skibbe und kündigte abschließend an: „Wir werden im Jahr 2015 unser 20jähriges Bestehen feiern können und gleichzeitig auch die Eine-Million-Euro-Spendenmarke überschreiten. Schon jetzt erfüllt uns das mit Stolz und Freude.“

Foto: Die Erfurter Landtagsabgeordnete Karola Stange übergab z.B. für die Jugend- und Schulplattform e.V. eine Spende der Alternative 54 zur Gestaltung der Herbstferienfreizeit für Kinder im Wohngebiet Roter Berg. ■

Für mehr Bildungsgerechtigkeit längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung

Die Bertelsmann-Stiftung unterscheidet im „Chancenspiegel 2014“ vier Gerechtigkeitsindikatoren: Integrationskraft, Durchlässigkeit, Kompetenzförderung, Zertifikatsvergabe. Mit dem Chancenspiegel liegt eine umfassende vergleichende bildungspolitische Studie vor, welche Thüringen eine Entwicklung attestiert. Dazu erklärt Torsten Wolf, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

Neben regionalen Disparitäten in den Indikatoren stellt die Studie auch auf das Merkmal soziale Herkunft ab. In allen Bereichen ist die Stadt Jena deutlich mit an der Spitze. Leider vergibt sich die Studie in dem wichtigen Feld „Integration und Förderung“ einiges, was zu dem Bereich Bildungsgerechtigkeit unerlässlich ist.

Die Studie weist aus, dass 2012 durchschnittlich 42,9 Prozent der Grundschüler in Thüringen den Weg in das Gymnasium fanden. Der höchste Wert liegt bei 54,7 Prozent (nicht klassifiziert), der niedrigste bei 29,1 Prozent (nicht klassifiziert). Regionen mit hoher Übergangswahrscheinlichkeit bei weiterführenden Schulen mit der Option auf das Ablegen des Abiturs (Gymnasien/ Gemeinschaftsschulen/ Gesamtschulen) sind Eisenach, Erfurt, Gera, Ilm-Kreis, Jena sowie Weimar (durchschnittlich 67,7 Prozent), die mit der geringsten sind Apolda, Eichsfeld, Hildburghausen, Schmalkalden-Meiningen und Wartburgkreis (durchschnittlich 37,8 Prozent). Damit kann festgestellt werden, dass der Einfluss von Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen in den Städten und Landkreisen mit diesen Schulformen einen deutlich positiven Einfluss auf die Abschlussquoten zur allgemeinen Hochschulreife hat.

Entscheidung nicht in Klassenstufe 4 legen

Die Studie stellt fest, dass das Verhältnis der Wechsler vom Gymnasium auf die Regelschule (Abwärtswechslern) bzw. Regelschule auf das Gymnasium (Aufwärtswechslern) der Klassenstufen sieben bis neun in Thüringen bei 1:5,3 liegt. Das heißt, dass fünf Mal mehr Kinder durch die viel zu frühe Trennung in Klassenstufe 5 Abwärtswechsler werden. Ein klares Ergebnis, die Entscheidung für die weiterführende Schule nicht in die Klassenstufe 4 zu legen. Die Aussagen zu Klassenstufenwiederholungen sind für Thüringen nur von begrenzter Reichweite, da mit der neuen Schulordnung erst 2011 die Veränderungen kamen. Allgemein wird von 1,7 Prozent ausgegangen. Die Schulstatistik weist für 2013/14 einen Wert von 1,5 Prozent aus. Also hier ein leichter Rückgang. Diejenigen ohne einen Schulabschluss werden mit 1.024 bzw. knapp 7 Prozent in 2012 angegeben (für 2013/14 weist die Schulstatistik 1.177 bzw. 8 Prozent aus, also einen Anstieg). Regional liegen hier der Landkreis Altenburg, HBN, Jena, Suhl, SOK und Sonneberg mit durchschnittlich 4,4 Prozent vorn, während Eisenach, IK, Nordhausen, Sömmerda und UH mit 9,5 Prozent durchschnittlich die Schlusslichter bilden.

Die Studie widmet sich dankenswerter Weise in einem extra Kapitel für Thüringen der Frage, ob Bildungsgerechtigkeit eine soziale Dimension hat. In Abhängigkeit vom Bildungsstand der Region, der Höhe des Einkommens und der Kinderarmut wird festgestellt, dass städtische Regionen mit eher geringem Einkommen, einem hohem Bildungsstand und geringer Kinderarmut sowohl die Übergangswahrscheinlichkeit an das Gymnasium erhöht (49,2 Prozent), die Quote der Wiederholer deutlich niedriger ist (1,4 Prozent) als auch die Zahl der Abgänger ohne Schulabschluss (3,5 Prozent) am geringsten ist. Im Gegensatz dazu schneiden eher ländliche Regionen mit durchschnittlichem Einkommen, eher niedrigem Bildungsstand und relativ hoher Kinderarmutsquote in den Bereichen Wiederholer (1,9 Prozent) und Abgänger ohne Schulabschluss (mit 8,1 Prozent) besonders schlecht ab. In beiden Dimensionen sind keine Städte und Landkreise benannt worden.

Unterstützung für „Bündnis für gute Schule“

Die neue rot-rot-grüne Thüringer Landesregierung hat mit den Zielen des Koalitionsvertrages wichtige Bereiche zur Herstellung von Bildungsgerechtigkeit in Thüringen aufgegriffen und wird dies umsetzen. Der systematische Ausbau des längeren gemeinsamen Lernens bei Garantie aller Schularten, multiprofessionelle Teams, die Verstetigung der Schulsozialarbeit, ein neues Personalsteuerungsmodell, eine Qualitätsoffensive Inklusion und die Neueinstellung von mindestens 600 Vollzeitlehrkräften pro Jahr sind die richtige Antwort, damit Thüringen in 2019 von einem Mittelfeldplatz bei der Studie Chancenspiegel 2014 auf vordere Plätze gelangen kann. Das von Ministerin Dr. Birgit Klaubert angebotene ‚Bündnis für gute Schule‘ als Angebot an alle Akteure zur Beteiligung auf diesem Weg unterstützt die Linksfraktion ausdrücklich! ■

Thüringer CDU auf „Rechtsaußenkurs“

CDU und AfD verantworten zunehmende Verrohung der politischen Kultur

Die CDU wolle die politische Mitte repräsentieren, so hat Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, am 12. Dezember in der Plenardebatte um die erste Regierungserklärung von Ministerpräsident Bodo Ramelow betont, habe bis jetzt aber nicht einmal ihre eigene Mitte gefunden. Nach 24 Jahren in der Regierung ist die CDU ein schlechter Verlierer. Zudem bietet sie ein Bild größter Zerstrittenheit. Sich erbittert bekämpfende Flügel finden nur bei Attacken auf LINKE, SPD und Grüne zueinander.

Mit ihrer Bemerkung reagierte Susanne Hennig-Wellsow auf den Redebeitrag von Mike Mohring, Fraktionsvorsitzender und seit dem 13. Dezember auch Landesvorsitzender der CDU Thüringen. Der hatte zwar am Ende seiner Rede gesagt, dass Gewalt gegen Abgeordnete kein Mittel der Politik sein dürfe – eigentlich eine Selbstverständlichkeit! –, vorher aber selbst die politische Auseinandersetzung immer wieder verbal angeheizt.

Wie schätzen externe Beobachter die Situation ein? Als „konservative Schmutzkampagne von AfD, CDU und Co. in Thüringen“ bezeichnet ein aktueller Artikel in der Internetzeitung The Huffington Post den Umgang mit der neuen Landesregierung und den sie tragenden Parteien.

Diese Einschätzung erfolgt völlig zu Recht. Der AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke hat mit nur zwei Plenarreden deutlich für die Wahrnehmung Werbung gemacht, dass es sich bei ihm wohl um einen politischen Hassprediger handelt. Während seiner zwischen peinlichem Pathos und sprachlichem Amoklauf oszillierenden, teils gebrüllten Tiraden entblödete er sich nicht, der Regierungskoalition eine „perverse Sicht auf die Welt“ zu unterstellen. Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (DIE LINKE) musste eingreifen und ihn zur Mäßigung aufrufen. Man darf noch froh sein, dass Höcke während seiner Abgeordnetenzeit im Thüringer Landtag wenigstens den Schülerinnen und Schülern der Gesamtschule in Bad Sooden-Allendorf erspart bleibt, wo er vorher Lehrer war. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Matthias Hey brachte Höckes Psychogramm auf den Punkt: „Wenn politische Selbstüberschätzung Rad fahren könnte, müssten Sie bergauf noch bremsen.“

Doch ausgerechnet nach der von Höcke dominierten AfD Thüringen schielt die hiesige CDU. Die Landes-AfD ist selbst im internen Vergleich besonders weit rechts zu verorten. Genau dieses Taktieren in Richtung rechtspopulistische AfD ist der Grund, dass SPD-Geschäftsführer René Lindenberg inzwischen von einem neuen „Rechtsaußenkurs“ der CDU Thüringen spricht.

Die CDU ist „dabei, sich nach hinten zu orientieren“

Damit bringt diese sich sogar in Opposition zu ihrer Bundespartei. In den Tagen vor der Landtagssitzung war Mohring deshalb bundesweit mit Negativschlagzeilen in allen Medien. Beim CDU-Bundesparteitag in Köln wurde er wegen seiner AfD-Kontakte – durch einen Artikel des Spiegel öffentlich geworden – nicht wieder in den Bundesvorstand gewählt. Doch solche Konfrontationen sind offenbar einkalkuliert.

Beim CDU-Landesparteitag drohte dennoch Dieter Althaus Richtung Berlin, die Bundespartei dürfe der Landespartei nicht „Steine in den Weg“ legen. Gemeint war der Kurs Richtung AfD – also Richtung schwarz-braun. Die CDU sei „dabei, sich nach hinten zu orientieren“, analysiert Martin Debes treffend in der Thüringer Allgemeinen.

Die immer maßloseren Attacken auf die neue Landesregierung führen zur zunehmenden Verrohung der politischen Kultur. „Sogar Vergleiche mit dem Aufstieg der NSDAP 1933“ seien in den sozialen Medien gezogen worden, merken die Autoren der Huffington Post an.

Leider haben sie auch damit Recht. Für diese Entgleisung ist der CDU-Landtagsabgeordnete Marcus Malsch aus Steinbach verantwortlich. Auf seiner Facebook-Seite „Marcus Malsch - Mach mit. Für Thüringen“ hat er nach seiner Kritik an der rot-rot-grünen Regierungsbildung geschrieben: „Bereits 1932 war es der Freistaat Thüringen, welcher den Weg für den ersten Vorsitzenden der Landesregierung Fritz Sauckel (NSDAP) freimachte.“

Neben kritischen Bemerkungen von Facebook-Nutzern findet sich als Reaktion darauf auch der folgende Kommentar von einem Facebook-Freund Malschs, der bis heute (Recherche am 15.12., 12.00 Uhr) auf der Seite steht: „jetzt haben wir die ROTE RATTE und nun ???“

Die von CDU und AfD ausgehende sprachliche Aggressivität hat ohnehin handgreifliche Konsequenzen. In Gera wollte jemand nicht mehr nur gegen Rot-Rot-Grün reden und schmierte ein Hakenkreuz an das Wahlkreisbüro der direkt gewählten Abgeordneten Margit Jung und Dieter Hausold. Der Täter wurde diesmal schnell ermittelt.

Andernorts wird der Regierungswechsel durchaus positiv gesehen. In der Huffington Post heißt es: „Der Koalitionsvertrag in Thüringen macht Hoffnung auf wirkliche Veränderung. Mit der DDR hat das nichts zu tun. Rot-Rot-Grün hat dabei die Chance verdient, an den Ergebnissen ihrer Politik gemessen zu werden.“

Stefan Wogawa ■

Von A bis Z:

Durchschnittsbürger

Die Bevölkerung Thüringens wird immer älter. Im Jahr 2013 waren die 2.160.840 Thüringer durchschnittlich 46,7 Jahre alt. Das sind nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik 7,6 Jahre mehr als noch vor zwei Jahrzehnten. Im Jahr 1993 betrug das Durchschnittsalter aller Thüringer 39,1 Jahre.

Der Anstieg des Durchschnittsalters schritt kontinuierlich voran. Im Jahr 1998 waren die Thüringer im Schnitt 41,1 Jahre, 2003 bereits 43,2 Jahre und im Jahr 2008 schon 45,3 Jahre alt. Besonders „gealtert“ ist die kreisfreie Stadt Suhl. Galt die Bevölkerung Suhls 1993 mit einem Durchschnittsalter von 37,6 Jahren noch als zweitjüngster Kreis im Freistaat, hat sie sich mittlerweile zur Stadt mit der ältesten Durchschnittsbevölkerung mit 50,2 Jahren gewandelt (plus12,6 Jahre). In der Rangliste der Landkreise und kreisfreien Städte mit der ältesten Bevölkerung 2013 folgen die Landkreise Altenburger Land (49,5 Jahre) und Greiz (49,0 Jahre).

Die Stadt mit der geringsten Veränderung in den letzten zwei Jahrzehnten, welche auch gleichzeitig die jüngste Bevölkerung im Jahr 2013 unter den Landkreisen und kreisfreien Städten aufweist, ist Jena. Die Bevölkerung Jenas wies 2013 ein Durchschnittsalter von 42,4 Jahren auf (1993: 38,4 Jahre). Nach Jena folgt die kreisfreie Stadt Weimar mit 43,9 Jahren (plus 4,5 Jahre gegenüber 1993) und die kreisfreie Stadt Erfurt mit 44,1 Jahren (plus 5,7 Jahre gegenüber 1993). ■

Bündnis Schule

Thüringens Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Birgit Klaubert (LINKE), macht sich für ein Bündnis für gute Schule in Thüringen stark. „Gemeinsam mit Lehrern, Eltern, Schülern sowie den Schulträgern will ich die Bedingungen für gute Schulbildung weiter ausbauen“, betonte die Ministerin. Dafür brauche es einen intensiven Dialog und eine konstruktive Zusammenarbeit. „Das biete ich allen, die in Thüringen Verantwortung für Schule tragen, ausdrücklich an. Ich will gemeinsam mit den Akteuren vor Ort über die erreichten Erfolge genauso wie über Probleme und ihre Lösung sprechen. Alle bestehenden Schularten erhalten dabei eine sichere Entwicklungsperspektive“, unterstrich Birgit Klaubert. ■

Kommunen

Die Thüringer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise hatten in den ersten neun Monaten 2014 Ausgaben in Höhe von 3.519 Millionen Euro. Damit lagen die Ausgaben nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik um 25 Millionen Euro bzw. 0,7 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Personalausgaben als ein gewichtiger Ausgabeposten für die Kommunen stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum, bedingt durch tarifliche Anpassungen und geringe Personalzuführungen, um 27 Millionen Euro auf insgesamt 1.007 Millionen Euro (+ 2,7 Prozent) an. Ebenfalls gestiegen sind die Ausgaben für soziale Leistungen. Insgesamt wurden 936 Millionen Euro dafür ausgegeben. ■

Hochschulpakt

Thüringen wird in den Jahren 2016 bis 2023 aus dem Hochschulpakt von Bund und Ländern 210 Millionen Euro bekommen und will nach Angaben von Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) damit vor allem die vorhandenen Studienplätze sichern und die Qualität des Studiums verbessern. Er wolle außerdem die Zahl der Studienanfänger im Freistaat mindestens konstant zu halten sowie verstärkt Studienanfänger aus anderen Bundesländern gewinnen. Die Ministerpräsidentenkonferenz hatte sich jetzt auf die letzte Phase des Hochschulpakts verständigt. An Thüringer Hochschulen beginnen jedes Jahr rund 10. 000 junge Frauen und Männer ein Studium. ■

Wichtige Termine

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags:

Nach der parlamentarischen Weihnachtspause beginnt die Arbeit der Abgeordneten des Thüringer Landtags mit einer Wahlkreiswoche ab 5. Januar.

Für die nächsten Monate sind Plenarsitzungen des Thüringer Landtags anberaumt (jeweils mittwochs bis freitags): vom 28. bis 30. Januar, vom 25. bis 27. Februar, vom 25. bis 27. März sowie am 29. und 30. April.

Presseinformationen, Hinweise zu Veranstaltungen und Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen der Linksfraktion sowie auch deren Parlamentsreport im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Thüringer Online-Sozialstrukturatlas

Der Thüringer Online-Sozialstrukturatlas (ThOnSA) ist ein öffentlich zugängliches und kostenfrei nutzbares Datenportal, das in das Internetangebot des Thüringer Landesamtes für Statistik integriert ist.

Die erst kürzlich in Betrieb genommene Online-Plattform wurde im Rahmen einer Kooperation zwischen Sozialministerium und dem Statistischen Landesamt aufgebaut. Sie dient dem Ziel einer modernen integrierten Berichterstattung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich und ist in dieser Form bundesweit einmalig.

Mit nur wenigen Klicks erhält man eine übersichtliche Abbildung der Lebenslagen der Thüringer Bevölkerung mit Indikatoren aus dem Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich in regionalen und zeitlichen Gliederungen, nutzergerecht dargestellt anhand von Karten, Grafiken und Zeitreihen.

Der Thüringer Online-Sozialstrukturatlas ist modular aufgebaut und wird sukzessiv erweitert. Dieses Internetangebot ist über die Startseite des Thüringer Landesamtes für Statistik erreichbar:

https://statistikportal.thueringen.de/thonsa/ ■

Thüringen soll Vorbildland für Gute Arbeit werden

MdL Ina Leukefeld zu den Vorhaben der Landesregierung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik

Nun geht es also ans Umsetzen unserer politischen Vorstellungen, gemeinsam mit SPD und Grünen. Besonders freut es mich dabei, dass mit Heike Werner aus Sachsen eine profilierte LINKE Sozialpolitikerin zukünftig dem Thüringer Arbeits- und Sozialministerium vorsteht.

Und wir haben ihr – ebenso wie allen anderen Ministerinnen und Ministern unserer Regierung – ein dichtes Aufgabentableau serviert. Sechs Seiten Umfang hat allein der Bereich Arbeitsmarktpolitik, um Thüringen zukünftig zu einem Vorbildland Guter Arbeit zu machen.

Viele ganz konkrete Projekte

Klar formuliert sind politische Grundsätze, wie die Zurückdrängung prekärer Beschäftigung, die Stärkung von Gewerkschaften und Tarifbindungen und die Fokussierung auf regionale Wirtschaftskreisläufe sowie eine Wirtschaftspolitik für kleine und mittelständische Unternehmen. Aber auch viele ganz konkrete Projekte haben wir vereinbart: Die Fortführung des Landesarbeitsmarktprogramms im bisherigen Umfang unter der Einbeziehung neuer Instrumente, wie des „Budgets für Arbeit“ für Menschen mit Behinderungen oder die Evaluation und Weiterentwicklung des Vergabegesetzes zu einem Vergabe- und Tariftreuegesetz sind hier zwei wichtige Beispiele. Auch die dringend notwendige Reform der GfAW (Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen) wird durch die neue Koalition endlich angegangen.

Perspektiven eröffnen

Ganz besonders habe ich mich natürlich gefreut, dass mein Kernthema, der Öffentliche Beschäftigungssektor, Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden hat – endlich geht auch eine Thüringer Landesregierung entschiedene Schritte, um insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose Perspektiven im gemeinwohlorientierten Bereich zu eröffnen. Die neue Landesregierung wird sich vehement für den Passiv-Aktiv-Transfer (PAT) stark machen, Unterstützung erfahren wir schon jetzt von Kay Senius und Heinrich Alt von der Bundesagentur für Arbeit. Gute Voraussetzungen für ein Thüringer Modellprojekt - mindestens.

Auf zu neuen Ufern

Natürlich werden auch unter Rot-Rot-Grün nicht alle Blütenträume reifen, das sage ich gerade auch mit dem Blick auf das traurige Jubiläum des zehnjährigen Inkrafttretens von Hartz IV am 01. Januar 2015. Aber wenn es uns gelingt, im Rahmen unserer Möglichkeiten und mit den vielen außerparlamentarischen Partnerinnen und Partnern für die Menschen in Thüringen eine gerechtere Gesellschaft ein stückweit voranzubringen und bundespolitisch unsere Stimme laut zu erheben (etwa für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben), dann lohnt sich #r2g (rot-rot-grün). Deshalb sage ich: Auf geht's zu neuen Ufern, zu einem Politikwechsel für Thüringen! ■

Rot-rot-grüne Landespolitik wird den Genossenschaftsgedanken befördern

Die Grundphilosophie des Genossenschaftsgedankens, demokratisches und solidarisches Wirtschaften mit der Mitgliederförderung zu verbinden, entspricht weitgehend den gesellschaftspolitischen Positionen der Partei DIE LINKE. Deshalb nahmen die Abgeordneten der LINKE-Landtagsfraktion, Ina Leukefeld und Dr. Johanna Scheringer-Wright, kürzlich ein Gesprächsangebot der innova-Vertreter Dr. Sonja Menzel und Dr. Winfried Haas gerne auf.

Die innova e.G. wurde vor drei Jahren in Leipzig gegründet. Sie unterstützt bundesweit engagierte Teams bei der Gründung und dem Aufbau von Genossenschaften. Ihre Aktivitäten zielen auf gute Partnerschaft mit Kommunen, den Betrieben der Arbeitsförderung, Wohnungsunternehmen oder Dienstleistern.

Bessere Rahmenbedingungen für ländliche Regionen

Dr. Sonja Menzel, die die Leipziger Geschäftsstelle leitet, ist gleichzeitig im Bundesverband zur Förderung des Genossenschaftsgedankens (BzFdG) u. a. bei der Beratung im Zusammenhang mit Neugründungen von Wohnungsgenossenschaften und umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit aktiv.

Ein denkwürdigerer Tag für das Auftaktgespräch ist kaum vorstellbar, denn wenige Stunden vorher wurde Bodo Ramelow zum Ministerpräsidenten Thüringens gewählt. Vielfach hatte sich der Fraktionsvorsitzende der LINKEN öffentlich für eine spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen für ländliche Regionen ausgesprochen. Umso mehr war man sich in der kleinen Gesprächsrunde einig, dass ländliche Räume mit Hilfe genossenschaftlicher Initiativen schrittweise vorangebracht werden können. Als gut funktionierende Beispiele für gemeinwohlorientiertes Handeln benannten die innova-Repräsentanten den Pflegebereich oder erfolgreiche Schülerprojekte.

Gute Erfahrungen mit der Arbeit von LEADER-Aktionsgruppen

Andererseits würden ihre Erfahrungen auch zeigen, dass das Gründen von Genossenschaften oftmals langwierige Überzeugungsarbeit erfordert, weil die Vorteile dieser Rechts- und Wirtschaftsform vielfach zu wenig bekannt seien. Deshalb konstatierten alle Gesprächsbeteiligten übereinstimmend, dass das im letzten Jahr gegründete Thüringer Zentrum für Existenzgründungen und Unternehmertum, kurz „ThEx“, einen wichtigen Schritt zur Verstetigung von Unterstützungs- und Beratungsleistungen gegenüber Gründern darstellt. Da trotzdem der Gründung von Genossenschaften immer noch der entscheidende Schub fehlt, wurde gemeinsam vereinbart, im ersten Quartal 2015 ein Fachgespräch, selbstverständlich unter Einbeziehung der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, vorbereiten zu wollen. Das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft wurde als die geeignete Gesprächsebene auserkoren, wobei die neue Ministerin Birgit Keller (LINKE) bereits signalisierte, den Termin mit Freuden wahrnehmen zu wollen.

Dr. Barbara Glass, Mitarbeiterin der Fraktion, Abgeordnete Dr. Johanna Scheringer-Wrigth, Dr. Sonja Menzel, Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Abgeordnete Ina Leukefeld und Dr. Winfried Haas, innova e. G. (Engagement für genossenschaftliche Neugründungen). (v.l.)

Auf Grund guter Erfahrungen mit der Arbeit von LEADER-Aktionsgruppen in ländlichen Räumen (auf der Basis eines Förderprogramms der Europäischen Union, mit dem seit 1991 modellhaft innovative Aktionen im ländlichen Raum unterstützt werden) sollen auch diese dafür gewonnen werden. Ziel soll ein Gedankenaustausch über eine Reihe von Fragestellungen sein, wie z.B.: Welche Genossenschaften agieren bereits erfolgreich in Thüringen, welche Gründe könnten dazu geführt haben, welche Ursachen führten möglicherweise zum Scheitern von Gründungsversuchen?

Die Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE möchte mit dem Fachgespräch anknüpfen an vorangegangene Aktivitäten, wie mehrere Genossenschaftskonferenzen oder Anträge im Landtag, die auf die stärkere Unterstützung des Genossenschaftswesens abzielten.

Ina Leukefeld und Dr. Johanna Scheringer-Wright brachten ihre Zuversicht zum Ausdruck, dass sich unter den neuen politischen Vorzeichen einer rot-rot-grünen Landesregierung die gesellschaftspolitische Stimmungslage in Richtung „Pro Genossenschaften“ auch im praktischen Handeln widerspiegeln wird.

Dr. Barbara Glaß ■

Ausstellung

Fritz Bauer. Der Staatsanwalt

Ausstellung im Landtag zeigt „NS-Verbrechen vor Gericht“

Eine ganz besondere Ausstellung, die schon im Vorfeld auf großes Interesse stieß mit zahlreichen Besuchergruppenanmeldungen, war am 9. Dezember im Thüringer Landtag feierlich eröffnet worden. „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht“ – eine Ausstellung des Fritz Bauer Instituts und des Jüdischen Museums Frankfurt, in Kooperation mit dem Thüringer Justizministerium.

Das Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main ist eine interdisziplinär ausgerichtete, unabhängige Forschungs-, Dokumentations- und Bildungseinrichtung zur Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen – insbesondere des Holocaust – und deren Wirkung bis in die Gegenwart.

Fritz Bauer (1903 bis 1968) hat als hessischer Generalstaatsanwalt, der den Frankfurter Auschwitzprozess auf den Weg brachte, bundesrepublikanische Geschichte geschrieben. Er hat als einer der wenigen unbelasteteten Juristen und gegen enorme Widerstände einen nicht hoch genug zu schätzenden Beitrag zur Aufklärung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik Deutschland geleistet und war zugleich bedeutender Aufbauhelfer der demokratischen Rechtspflege.

Die Ausstellung dokumentiert anhand von 16 Themenstationen die Lebensgeschichte von Fritz Bauer, dem jüdischen Sozialdemokraten, den die Nazis für 13 Jahre ins Exil getrieben hatten, im Spiegel der historischen Ereignisse. Besonders interessant auch jene Station unter der Überschrift „Kalter Krieg“.

Ein selten beleuchtetes Kapitel des Kalten Kriegs

In einem Flyer zur Ausstellung heißt es dazu: „Immer wieder hatte die Generalstaatsanwaltschaft der DDR sowohl der Bundesregierung als auch den Generalstaatsanwälten der Bundesländer die Einsicht und den Austausch von Beweisdokumenten ehemaliger Nazis angeboten. Fritz Bauer gehörte zu den wenigen Generalstaatsanwälten, die das Angebot annahmen. Zweifelsohne verfolgte die DDR dabei eigene politische Zielvorgaben. Bauer war jedoch klar, dass die meist stichhaltigen Beweisdokumente auch den Druck auf eine juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik erhöhen würden. Die Ausstellung erkundet dieses selten beleuchtete Kapitel des Kalten Kriegs.“

Ein Kapitel ganz eigener Art war jedoch die Rede von Landtagspräsident Christian Carius (CDU) zur Ausstellungseröffnung. Offensichtlich hat er nicht nur Probleme, sich in der neuen politischen Landschaft des Freistaats zurechtzufinden. Diesen Eindruck hinterließen jedenfalls einige seiner teilweise launigen, an dieser Stelle allerdings wenig passenden Begrüßungsworte mit pseudoaktuellen Unrechtsstaats-Vergleichen. Und dass er es versäumte, unter den Ehrengästen ausgerechnet den noch dazu in seinem Blickfeld sitzenden Prof. Dr. Reinhard Schramm zu erwähnen, ist mehr als nur peinlich, gehört doch noch dazu die Jüdische Landesgemeinde, deren Vorsitzender Reinhard Schramm ist, neben der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Sparkassen-Kulturstiftung und der Sparkasse Mittelthüringen, zu den Unterstützern der Ausstellungs-Präsentation in Erfurt. *A. R.*

Die Ausstellung im Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, wird bis 1. Februar gezeigt und ist Montag bis Freitag (außer an Plenartagen) von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Am Wochenende nach Vereinbarung (Telefon: 0361 37700). ■

1957: Fritz Bauer erhält durch den ehemaligen KZ-Häftling Lothar Herrmann HInweise auf den Aufenthaltsort Adolf Eichmanns in Argentinien und leitet diese an die israelischen Behörden weiter. Ein Vorgehen, in das er nur den hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn einweiht. Erst nach seinem Tod wurde Fritz Bauers Beteiligung an der Ergreifung Eichmanns öffentlich bekannt. 1961: Prozess gegen Eichmann in Jerusalem, erstmals kommt der Massenmord an den europäischen Juden ausführlich zur Sprache.

1963 bis 1965: Erster Auschwitz-Prozess vor dem Landgericht Frankfurt am Main gegen 22 Angeklagte. Der Prozess stellt am Ende das Geschehen des organisierten Massenmords unleugbar fest.

Zum Rahmenprogramm der Ausstellung gehören eine Reihe von Vorträgen. So wird am 27. Januar, Tag des Gedenkens an die NS-Opfer, Werner Renz vom Fritz Bauer Institut sprechen zu „Bauers Vorstellungen zu Sinn und Zweck von NS-Prozessen am Beispiel der Frankfurter Ausschwitz-Prozesse: Kann mit Hilfe der Strafjustiz politische Aufklärung geleistet werden?“. Bereits am 15. Januar gibt es den Vortrag von Hartmut Reibold, Generalstaatsanwalt a.D., über Fritz Bauer als „Prophet der deutschen Nachkriegsstaatsanwaltschaft“ (beide Vorträge 17 Uhr, Raum F 056 im Landtag). Prof. Dietmar Herz hält am 30. Januar (18 Uhr) einen Vortrag mit dem Thema: „Rosen für den Staatsanwalt - Die Shoa, die Deutschen und Fritz Bauer“ .

Kurz und Prägnant

Behindertenrecht

„Mit den Vereinbarungen im Thüringer Koalitionsvertrag von LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gehen wir einen weiteren Schritt in Richtung inklusive Gesellschaft“, hatte MdL Karola Stange anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember erklärt und betont, dass es dringend notwendig sei, das Behindertengleichstellungsgesetz zu novellieren und den Thüringer Maßnahmeplan zur Umsetzung der Konvention zu evaluieren. Zentraler Ansprechpartner in Thüringen ist das Außerparlamentarische Bündnis als breiter Zusammenschluss von Behindertenverbänden und Selbsthilfeinitiativen. „Das Bündnis engagiert sich seit 15 Jahren für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen und ihren Familien“, wertschätzt Karola Stange dessen Arbeit. Abschließend unterstrich die LINKE-Politikerin, „dass wir mit einer rot-rot-grünen Landesregierung und einer frühzeitigen Einbeziehung der Bündnispartner eine bessere Teilhabe der Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben realisieren werden“. ■

Überprüfungsanträge

Das Bundessozialgericht hat geurteilt, dass für volljährige Behinderte in WG’s und im Elternhaus ein Regelbedarf von 391 Euro zu zahlen ist. Ich halte es für außerordentlich problematisch, dass die Kommunen derzeit nicht von selbst dieses Urteil umsetzen. Zum Jahresende läuft die Frist zur Stellung eines Überprüfungsantrages für Ansprüche aus dem Jahr 2013 ab, Betroffene könnten 12 mal 78 Euro, also 936 Euro neben Zinsen, verlieren. Die LINKE in Bonn hat per Stadtratsbeschluss erreicht, dass ein Überprüfungsantrag von Amts wegen den Betroffenen zu übersenden ist, ein nachahmenswertes Beispiel. Ich bitte die Kommunalvertreter der LINKEN in den Kreisen und kreisfreien Städten, das Thema aufzugreifen und dafür zu sorgen, dass die Behinderten in verständlicher Sprache über die Sachlage informiert werden und einen Überprüfungsantrag stellen. Das Beste ist, es wird gleich ein Musterantrag beigelegt, der unterschrieben an das Jobcenter zurückgeschickt werden kann. Nur so können die Rechte der Betroffenen gewahrt und drohende Verjährung am Jahresende ausgeschlossen werden. *Weitere Infos unter: http://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/tickerarchiv/d/n/1693/*

MdL Ina Leukefeld ■

Senioren trafen sich zum Jahresabschluss

Die Mitglieder der Senioren AG trafen sich am 11. Dezember in der Linksfraktion im Thüringer Landtag, dabei waren auch eine ganze Reihe von Landtagsabgeordneten, die der Arbeit der AG hohen Respekt zollten und auf weitere gute Zusammenarbeit setzen.

Anke Hofmann, Landesgeschäftsführerin der LINKEN, berichtete über die rot-rot-grüne Regierungsbildung und erläuterte den sehr interessierten Seniorinnen und Senioren der LINKEN weitere Entscheidungen, so die Bildung der Ministerien und die Besetzung mit den Ministerinnen und Ministern, die von den drei Parteien vorgeschlagen worden waren, sowie die dazugehörigen Staatssekretäre. Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft brachten bei der Zusammenkunft zum Ausdruck, dass sie die Koalitionsverhandlungen für eine rot-rot-grüne Landesregierung und die Wahl des LINKEN Ministerpräsidenten Bodo Ramelow freudig bewegt verfolgt haben und sie diesen Schritt auch als Ausdruck ihrer erfolgreichen Arbeit in den letzten 25 Jahren werteten.

Die neu gewählte Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Thüringer Landtag und Vorsitzende der Landespartei, Susanne Hennig-Wellsow, ließ es sich nicht nehmen, persönlich den Dank an die Genossinnen und Genossen auszusprechen: „Gerade die Älteren haben die Grundlage gelegt, dass jetzt DIE LINKE in Thüringen regieren kann und den Ministerpräsidenten stellt.“ Susanne Hennig-Wellsow dankte besonders Ursula Monsees, die seit 2010 den Vorsitz der Senioren AG ausübte und die Landesarbeitsgemeinschaft erfolgreich leitete. Sie wurde von Susanne und Anke verabschiedet, weil sie aus eigenem Wunsch aus ihrem Amt ausscheidet.

Zur Bilanz der Arbeit gehören allein im letzten Jahr die mit viel Engagement und bundesweiter Beteiligung durchgeführte große Seniorenkonferenz sowie das in Vorbereitung der Wahlen erarbeitete und als Öffentlichkeitsmaterial gut angenommene Magazin Seniorita.

Der Dank an Ursula Monsees mündete in der Ansage, dass ihr Werk fortgesetzt wird auch durch die Gewinnung neuer Mitglieder. Wolfgang Albold wurde als potentieller Nachfolger vorgestellt. Die Wahl soll Ende Januar erfolgen. Ursula Monsees informierte über die Berichterstattung vor dem Bundesvorstand der Senioren AG, in der die Thüringer Arbeitsgemeinschaft besonders gelobt wurde, weil sie in der Zusammenarbeit mit Landesvorstand und Landtagsfraktion beispielgebend ist. Für das nächste Jahr wurden die Arbeitsschwerpunkte besprochen, Höhepunkte sollen der bundesweite Seniorentag sowie die Landesseniorenkonferenz der Partei sein. Durch die Teilnahme der jungen Landtagsabgeordneten Kati Grund an der Beratung konnte begonnen werden, neue Wege der Zusammenarbeit mit dem Jugendverband zu planen, die im Januar konkretisiert werden sollen.

MdL Margit Jung ■

Eröffnung von LINKE-Wahlkreisbüros: Kati Grund in Eisenach mit offenem Jugendbüro „RosaLuxx.“

In diesen Tagen und Wochen eröffnen bzw. wiedereröffnen die Landtagsabgeordneten der LINKEN in den Regionen in Thüringen ihre Wahlkreisbüros. Wie Johannes Feutlinske, der Wahlkreismitarbeiter von Kati Grund, informierte, fand am 12. Dezember die feierliche Eröffnung des offenen Jugend- und Abgeordnetenbüros „RosaLuxx.“ der Landtagsabgeordneten in der Eisenacher Georgenstraße 48 statt.

Neben dem LINKE Landtagsabgeordneten Christian Schaft und etwa 60 Parteimitgliedern der LINKEN sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten fanden sich auch Ehrengäste, wie die Eisenacher Oberbürgermeisterin Katja Wolf oder der Direktor der Berufsakademie Eisenach, Prof. Dr. Burkhard Utecht, sein Stellvertreter Prof. Dr. Stephan Rometsch ein. Zufrieden stellte Kati Grund fest: „Ich freue mich sehr darüber, dass mein neues Büro in Eisenach auf diese große Resonanz stößt. Dies macht Lust auf mehr in Eisenach.“ Die LINKE Stadträtin Sandra Peschke umrahmte musikalisch die Eröffnung, was die vielen angeregten Gespräche auf eigene Art und Weise unterstrich. Abschließend erklärte die Landtagsabgeordnete: „Die Eröffnung war der gelungene Abschluss eines anstrengenden, aber auch sehr zufriedenstellenden politischen Jahres für DIE LINKE.“

Nach Redaktionsschluss dieses Parlamentsreports hat der Abgeordnete Steffen Dittes am 16. Dezember sein Wahlkreisbüro in Weimar, direkt im Zentrum, in der Marktstraße 17, eröffnet. Es soll sich zu einem Ort des Austauschs und als Ausgangspunkt politischen Engagements entwickeln, hat der LINKE Parlamentarierer und stellvertretende Landesvorsitzende der Partei angekündigt.

Die Eröffnung seines Wahlkreisbüros war verbunden auch mit einer Ausstellungspremiere. Der Ilmenauer Künstler Bodo Busch stellt hier einige seiner Werke vor und wollte auch selbst zur Eröffnung anwesend sein. ■

Das Letzte ...

von **Stefan Wogawa**

Politische Zombies

Als man glaubte, es könne nicht mehr schlimmer werden mit der CDU, bekommt er seinen Auftritt. Auf dem Oppositionsparteitag. Dem ersten der CDU Thüringen. Am 13. Dezember. Kein Freitag, immerhin. Lange 14 Minuten hat er geredet. Dieter Althaus, der Mann, der die Union 2009 in ihre tiefste Niederlage führte. Verheerende 31 Prozent. Ein politischer Erdrutsch, eine Niederlage, so nachhaltig, dass sich die CDU nicht wieder davon erholt hat. Selbst fünf Jahre später, im September 2014, ist nur wenig mehr drin ist: magere 33,5 Prozent.

Natürlich hatte Althaus damit das Amt des Ministerpräsidenten verloren, war auch als Landesvorsitzender abgelöst worden. Ohne ihn konnte sich die personell und inhaltlich längst verbrauchte Partei gerade noch einmal in eine Regierungsbeteiligung retten. Althaus selbst wurde bei einer Autobude versorgt. Irgendwo, mit wohlklingendem Titel, aber wenig Chancen, wieder Mist zu bauen. Dann wurde es lange ganz ruhig.

Nun also wieder Althaus. Diesmal als politscher Zombie. Der beratungsresistente Politautist. Der wegen fahrlässiger Tötung verurteilte Spitzenkandidat. Der frühere Lehrer für Physik, der einen Kreationisten zum „Erfurter Dialog“ in die Staatskanzlei holen wollte (scheiterte an der kritischen Öffentlichkeit). Der den CDU-Rechtsaußen Peter Krauße zum Kultusminister machen wollte (scheiterte auch an der kritischen Öffentlichkeit). Der „Wendehals mit Orden“, der DDR-Multifuntionär, immer auf der opportunistischen Karrierespur.

Soll Althaus jetzt als das Gesicht der CDU in der Anbiederung an die Rechtsaußen-AfD herhalten? Dann muss er aber die „Medaille für Erfolge in der kommunistischen Erziehung“ in Gold zurückgeben. Vielleicht kann das ja die Ex-Volkskammerabgeordnete Marion Walsmann, Mitglied im CDU-Landesvorstand, übernehmen? ■

Impressum

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **U**NSERE **N**EUE **Z**EITUNG.

Herausgeber:
DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:
Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTs keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.